

Familien sind immer noch stark durch Corona belastet

Hessen braucht eine Strategie für den Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen

Trotz der Anfang Juli verfügten Rückkehr zum Regelbetrieb in den hessischen Kitas sind viele Familien nach wie vor starken Belastungen ausgesetzt. Unter Eltern bestehen große Ängste, wie sich das Pandemiegeschehen in den nächsten Wochen auf die Betreuung ihrer Kinder auswirken wird. Nach wie vor sind die **Betreuungszeiten vielfach eingeschränkt**, die **Angst vor erneuten Kita-Schließungen** belastet die Familien. Die erfolgte Klarstellung zum Umgang mit Erkältungssymptomen durch die Landesregierung begrüßen wir in diesem Zusammenhang ausdrücklich. Sie gibt Orientierung für alle Beteiligten und trägt dadurch auch zum guten Miteinander von Eltern und Fachkräften in den Kitas bei. Das gemeinsame Vorgehen von Sozial- und Kultusministerium wie in diesem Fall hilft an den Stellen, an denen diese Verzahnung gelebter Alltag ist – in der Betreuung von Grundschulkindern, bei der Zusammenarbeit von Schulen und Horten und natürlich in den Familien selbst.

Dennoch fühlen sich Eltern nach wie vor mit ihren Sorgen und Bedürfnissen von der Politik nur unzureichend wahrgenommen. Es verfestigt sich zunehmend die Wahrnehmung, dass **die letzten Monate nicht ausreichend genutzt wurden, um tragfähige Konzepte für die Kinderbetreuung unter Pandemiebedingungen, insbesondere vor dem Hintergrund eines befürchteten erneuten Anstiegs der Infektionszahlen in den kommenden Wochen und Monaten, zu erarbeiten**. Diese Vorgehensweise des „Sich-Durchwurschtelns“ halten wir für nicht geeignet, um den durch die Corona-Pandemie entstandenen Herausforderungen zu begegnen. Vielmehr bedarf es einer **stärkeren politischen Steuerung und Strategientwicklung durch die Landesregierung**, um den Akteuren vor Ort Orientierung zu geben.

Familien brauchen praktikable Lösungen, die ihren individuellen Bedürfnissen gerecht werden. Einerseits brauchen Kinder verlässliche Bildung und Betreuung im Kontakt mit Gleichaltrigen. Andererseits müssen Eltern ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Der andauernde Ausfall von ArbeitnehmerInnen infolge von Schul- und Kitaschließungen ist auch für Unternehmen eine große Belastung. Daher ist eine durchdachte Strategie erforderlich, die auf einer sorgfältigen Abwägung der verschiedenen Risiken beruht und eine größtmögliche Verlässlichkeit der Betreuung bei gleichzeitiger Risikominimierung gewährleistet.

Unsere Positionen:

1. **Ein erneutes, nahezu vollständiges Aussetzen der Kindertagesbetreuung darf es nicht geben. Es** müssen Vorkehrungen getroffen werden, um beim Auftreten von Covid 19-Infektionen bei Kita-Kindern oder Fachkräften durch Nachvollziehbarkeit der Kontakte Maßnahmen zielgenau zu ergreifen und Schließungen so weit wie möglich zu vermeiden.
2. **Etablierung eines Corona-Expertenrats mit allen Akteuren der Kindertagesbetreuung:** Für unabdingbar halten wir in diesem Zusammenhang die Einbeziehung von ElternvertreterInnen nach dem Vorbild des Corona-Kita-Rates auf Bundesebene.

3. **Leitlinien für die Regelbetreuung unter Pandemiebedingungen:** Es bedarf klarer Vorgaben für Hygienekonzepte. Erforderlich ist auch eine Anpassung des Bildungs- und Erziehungsplans. Für die Förderung der **Kinder, die z.B. aufgrund von Vorerkrankungen nicht oder wenig in der Kita betreut werden**, sind pädagogische Konzepte und Mindeststandards nötig, die Fachkräften und Eltern Orientierung geben. Auch braucht es **fachliche Leitlinien für die Ausgestaltung der Elternarbeit**. Die Bildungs- und Erziehungspartnerschaft ist ein wichtiges Qualitätselement in der Kindertagesbetreuung. Ihre Wichtigkeit wird durch die gesetzlich verbrieften Rechte der Elternbeteiligung betont. Die Einhaltung der Hygienevorgaben und die Umsetzung der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft sind kein Widerspruch und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
4. **Infektionsschutz und Schutz von Risikogruppen** ist ein zentrales Anliegen auch der Eltern. Es gilt weiterhin, dass wissenschaftliche Erkenntnisse zur Rolle von Kindern im Infektionsgeschehen gewonnen werden und in die Hygieneempfehlungen einfließen müssen.
5. **Krisenkommunikation und Information für Familien verbessern**, u.a. mit einem Informationsbereich für hessische Familien zu den Themen: Kinderbetreuung und Alternativen, Infektionsschutz, wirtschaftliche Absicherung sowie Zuständigkeiten und AnsprechpartnerInnen auf den Internetseiten des Familienministeriums. Hierbei ist auch auf Information in Fremdsprachen und in leichter Sprache zu achten. Vorstellbar wäre auch ein Elterntelefon nach dem Vorbild des Hessischen Kultusministeriums.
6. **Ein Monitoring der landesweiten Betreuungssituation könnte Transparenz schaffen und Handlungsbedarfe offen legen.** Z.B. wurde aus mehreren Landkreisen von Kapazitätsproblemen bei der Neuaufnahme von Kindern berichtet. Diese sind zum einen darauf zurückzuführen, dass vielfach Kann-Kinder aufgrund ausgesetzter Schuleingangsuntersuchungen nicht eingeschult werden konnten, zum anderen auf die Tatsache, dass nicht ausreichend Betreuungskapazitäten geschaffen werden konnten.
7. **Landesweit einheitliche Erstattung der Kita-Gebühren** für die Zeit des Betretungsverbot in Kindertageseinrichtungen. Andere Bundesländer und viele Kommunen haben hier längst gehandelt, während in anderen hessischen Städten und Gemeinden trotz nicht erfolgter Betreuung von den Eltern Betreuungsentgelte in z.T. erheblicher Höhe entrichtet werden mussten.
8. **Wirtschaftliche und soziale Absicherung der Familien mit Pragmatismus und Phantasie:** Das Land muss bedarfsorientierte und kreative Lösungen fachlich, organisatorisch und finanziell flankieren, damit Kommunen und Träger nicht auf sich allein gestellt sind. Eltern brauchen Ideen, finanzielle Hilfen und Lösungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung für den Fall erneuter (auch punktueller) Kita-Schließungen und um die Erkältungssaison überbrücken zu können. Die Familien müssen vor (finanziellen) Benachteiligungen und Kündigungen geschützt werden. Auch bedarf es einer Lösung für diejenigen Eltern, die aufgrund der Zugehörigkeit ihres Kindes zu einer Risikogruppe ihrer Erwerbstätigkeit nicht nachgehen können. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss durch Eckpfeiler sichergestellt werden. Die vom Bund zusätzlich bereit gestellten Mittel in Höhe von rund 77 Millionen Euro bieten hier Spielraum. Sie müssen schnell und effektiv investiert werden.